

Politische Bildung

Ingo Juchler *Hrsg.*

Politik und Sprache

Handlungsfelder politischer Bildung



Springer VS

Politische Bildung

Reihe herausgegeben von

Carl Deichmann, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität
Jena, Jena, Thüringen, Deutschland

Ingo Juchler, Lehrstuhl für Politische Bildung, Universität Potsdam, Potsdam,
Brandenburg, Deutschland

Die Reihe Politische Bildung vermittelt zwischen den vielfältigen Gegenständen des Politischen und der Auseinandersetzung mit diesen Gegenständen in politischen Bildungsprozessen an Schulen, außerschulischen Einrichtungen und Hochschulen. Deshalb werden theoretische Grundlagen, empirische Studien und handlungsanleitende Konzeptionen zur politischen Bildung vorgestellt, um unterschiedliche Zugänge und Sichtweisen zu Theorie und Praxis politischer Bildung aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Die Reihe Politische Bildung wendet sich an Studierende, Referendare und Lehrende der schulischen und außerschulischen politischen Bildung.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/13420>

Ingo Juchler
(Hrsg.)

Politik und Sprache

Handlungsfelder politischer Bildung

 Springer VS

Hrsg.
Ingo Juchler
Lehrstuhl für Politische Bildung
Universität Potsdam
Potsdam, Brandenburg, Deutschland

ISSN 2570-2114 ISSN 2570-2122 (electronic)
Politische Bildung
ISBN 978-3-658-30304-4 ISBN 978-3-658-30305-1 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-30305-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten. Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
Ingo Juchler	
Wandel politischer Kommunikation und politischer Kultur in der digitalen Gesellschaft. Strategien der Politikdidaktik	7
Carl Deichmann	
Politik und Sprache – Anmerkungen zum Verständnis von Handeln und Sprechen bei Hannah Arendt	23
Waltraud Meints-Stender	
Drohender Untergang? Rechtspopulismus, Krisenrhetorik und (Film-)Sprache im Dokumentarfilm „Montags in Dresden“	31
Tanja Seider	
Sprache als Experiment oder: „Hört endlich auf, über Demokratie zu sprechen!“	47
Werner Friedrichs	
Ansatz zur Rekonstruktion textlich gebundener Emotionalität (ARtE)	63
Hendrik Schröder	
Mehrsprachige politischen Bildung: Der bilinguale Unterricht als didaktischer Ansatz zur Legitimation emotionaler Argumente	79
Subin Nijhawan	
„Appell an die Vernunft“ – die „Unmacht“ des Intellektuellen unter den Bedingungen gesellschaftlicher Spaltung	95
Thomas Goll	

Sprachbildung im Fach Politische Bildung – Ein unbespieltes Feld? . . .	109
Julia Neuhof und Luisa Girnus	
Henrik Ibsens <i>Volksfeind</i> – Politisches Theater in postfaktischen Zeiten	123
Ingo Juchler	
Empirische Analysen zur politischen Fachsprache in Schulbüchern – ein Trendbericht	139
Georg Weißeno und Anke Götzmann	
<i>political framing</i> – Alter Wein in neuen Schläuchen oder echtes Novum?	155
Marc Partetzke	
Politisches Framing — sprachbezogene Kompetenzentwicklung im Politikunterricht	171
Max Droll	
Die Arbeit an Grundrechten im Politikunterricht. Grundrechtstheoretische und politikdidaktische Überlegungen mit Fallbezug	181
Christian Fischer	
Worüber sprechen wir eigentlich? Zur Explizität von Legitimationsargumenten in politischen Lehr-Lernarrangements	195
Luisa Girnus	
Konfliktlösende Räume in Schulbüchern	209
Andreas Kegel	
Empörend, verstörend, verwerflich – Zur Genese und Anatomie des politischen Skandals in der repräsentativen Demokratie und seine Relevanz für die (schulische) politische Bildung	223
Sabine Kehr und Frank Schiefer	

Über die Autoren

Prof. em. Dr. Carl Deichmann Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland

Max Droll Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Dr. Christian Fischer Universität Erfurt, Erfurt, Deutschland

Dr. Werner Friedrichs Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Bamberg, Deutschland

Dr. Luisa Girmus Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Prof. Dr. Thomas Goll Technische Universität Dortmund, Dortmund, Deutschland

Dr. Anke Götzmann Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Karlsruhe, Deutschland

Prof. Dr. Ingo Juchler Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland

Dr. Andreas Kegel Kurt-Körber-Gymnasium Hamburg, Hamburg, Deutschland

Sabine Kehr Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Würzburg, Deutschland

Prof. Dr. Waltraud Meints-Stender Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach, Deutschland

Dr. Julia Neuhof Universität Bremen, Bremen, Deutschland
Universität Bremen, Bremen, Deutschland

Subin Nijhawan Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt, Deutschland

Prof. Dr. Marc Partetzke Stiftung Universität Hildesheim, Hildesheim, Deutschland

Dr. Frank Schiefer Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Würzburg, Deutschland

Dr. Hendrik Schröder Universität Bremen, Bremen, Deutschland

Dr. Tanja Seider Universität Augsburg, Augsburg, Deutschland

Prof. em. Dr. Georg Weißeno Pädagogische Hochschule Karlsruhe, Karlsruhe, Deutschland



Einführung

Ingo Juchler

Politisches Handeln steht in unmittelbarem Zusammenhang mit Sprache. Sprache ist sowohl Werkzeug als auch Gegenstand von Politik. Bereits die antiken Klassiker waren sich der besonderen Rolle von Sprache in der Politik bewusst und haben sich mit der politischen Rhetorik, mit politischen Reden, auseinandergesetzt.

Auch heute spielt Sprache im Hinblick auf politisches Handeln eine ganz besondere und bedeutsame Rolle. Die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Politik und Sprache erscheint umso notwendiger, als dieses Verhältnis in der gegenwärtigen Politikdidaktik ein Schattendasein fristet. Auch in den einschlägigen Nachschlagewerken und Handbüchern findet zu diesem Verhältnis keine grundsätzliche Auseinandersetzung statt.

Der schulischen politischen Bildung kommt die Aufgabe zu, Schülerinnen und Schüler zu einem Umgang mit der politischen Sprache zu befähigen, der ihnen eine reflektierte Auseinandersetzung mit den in der Debatte stehenden politischen Gegenständen ermöglicht – auch und gerade vor dem Hintergrund der Zunahme populistischer Darstellungen, „alternativer Fakten“ und Lügen in der Politik. Vor diesem Hintergrund reflektierte die Arbeitsgruppe Hermeneutische Politikdidaktik der GPJE bei ihrer siebten Jahrestagung am 5. und 6. April 2019 an der Universität Potsdam das Verhältnis von Sprache und Politik. Dabei wurde deutlich, wie weit dieses thematische Feld ausgreift und mit welchen unterschiedlichen Zugängen sich den infrage stehenden Untersuchungsgegenständen genähert werden kann. Mit der vorliegenden Publikation liegt ein erster Aufschlag vor, der

I. Juchler (✉)
Universität Potsdam, Potsdam, Deutschland
E-Mail: juchler@uni-potsdam.de

das Spektrum des Verhältnisses von Politik und Sprache im Kontext der Handlungsfelder politischer Bildung umreißt.

Carl Deichmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena) untersucht den Wandel politischer Kommunikation und Kultur in der digitalen Gesellschaft, deren Interaktionen zwischen Alltagskultur, Medien und politischer Kultur durch fundamentale Änderungen bestimmt werden. Dadurch verändere sich die Form der politischen Bewusstseinsbildung. Hier könne das Konzept der politischen Bildung als Unterrichts-, Kommunikations- und Interaktionsprinzip ansetzen. Die neuen Partizipationsmöglichkeiten in der digitalisierten Welt stellten auch für die Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrer eine neue Herausforderung dar.

Waltraut Meints-Stender (Hochschule Niederrhein) nimmt in ihrem Beitrag zum Verhältnis von Politik und Sprache Anmerkungen zum Verständnis von Handeln und Sprechen bei Hannah Arendt vor. Hierbei ordnet sie Hannah Arendts Verständnis von Handeln und Sprechen der Theorietradition zu, die Sprache – in Anlehnung an Charles Taylors Unterscheidung zweier Theorietraditionen zur Bedeutung von Sprache – als konstitutiv für die Hervorbringung von Realität begreift.

Die sprachlichen Strategien von Rechtspopulisten als Herausforderung für die repräsentative Demokratie stehen im Mittelpunkt der Untersuchung von Tanja Seider (Universität Augsburg). Anhand des Dokumentarfilms „Montags in Dresden“ werden Themen und Strategien rechtspopulistischer Sprache analysiert. Die Analyse der politischen Sprache wie des Dokumentarfilms könnten als Grundlage für den unterrichtlichen Einsatz des Films in der politischen Bildung dienen.

Um die wirklichkeitserzeugenden Effekte von Sprache ist es Werner Friedrichs (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) in seinem Beitrag zu tun. Bei diesem Zugang zum Verhältnis von Politik und Sprache gehe es weniger um die Funktion von Sprache als Kommunikationsmedium, sondern vielmehr darum, wie durch den Sprachgebrauch überhaupt erst politische Selbst- und Weltverhältnisse generiert würden. Der politischen Bildung müsse es vor diesem Hintergrund insbesondere um die Materialität von Sprache gehen.

Hendrik Schröder (Universität Bremen) stellt in seinem Beitrag einen Ansatz zur Rekonstruktion textlich gebundener Emotionalität vor. Er konstatiert eine Vernachlässigung von Emotionen bei der Analyse und Beurteilung politischer Sprechakte und benennt als möglichen Grund hierfür das Fehlen einer soliden Untersuchungsmethode. Diesem Umstand möchte der Verfasser durch einen empirisch erprobten Verfahrensansatz zur Rekonstruktion und Interpretation textlich gebundener Emotionalität entgegenwirken.

Subin Nijhawan (Goethe-Universität Frankfurt am Main) thematisiert die Frage, ob neben kritisch-rationalen Urteilen als Zielbestimmung politischer Bildungsprozesse auch emotionale Urteile didaktisch legitim sind. Der Verfasser untersucht diese Thematik anhand des exemplarischen Gegenstands des Klimawandels, wobei sich vier Urteilkategorien besonders gut beobachten ließen. Darüber hinaus wird ein Vorschlag eines didaktischen Instruments für den mehrsprachigen Politikunterricht präsentiert, um Emotionalität produktiv und lernförderlich in Einklang mit den Zielen der Politikdidaktik zu nutzen.

Thomas Goll (Technische Universität Dortmund) untersucht in seinem Beitrag angesichts der scheinbaren Etablierung von „Weimarer Verhältnissen“ der politischen Kommunikation in den sozialen Medien, inwiefern es ein Gebot der Vernunft und ein Auftrag an die politische Bildung ist, das Denken in Freund-Feind-Kategorien ernst zu nehmen. Dazu analysiert er exemplarisch Thomas Manns Engagement für die erste deutsche Demokratie in der Endphase der Weimarer Republik und setzt diese Erkenntnisse mit gegenwärtigen politischen Entwicklungen in Beziehung.

Vor dem Hintergrund, dass der Diskurs über Sprachbildung beziehungsweise sprachsensiblen Politikunterricht derzeit noch ein Schattendasein fristet, stellen Julia Neuhof (Universität Bremen) und Luisa Girnus (Universität Potsdam) zunächst den bisherigen Diskurs mit Blick auf die Politikdidaktik vor. Auf dieser Grundlage werden in diesem Beitrag sodann Impulse für eine Konzeptionalisierung sprachsensiblen Unterrichts aus der Perspektive der politischen Bildung präsentiert.

Angeregt durch Henrik Ibsens zeitlosen Klassiker *Ein Volksfeind* (1882) geht Ingo Juchler (Universität Potsdam) der Begriffsgeschichte von „Volksfeind“ nach und analysiert die in dem Schauspiel thematisierten Verhältnisse von Mehrheit und Minderheit sowie Macht und Recht. Darüber hinaus werden die im *Volksfeind* aufgeworfenen Fragen nach der Möglichkeit von Bildung und politischer Mündigkeit im Kontext heutiger postfaktischer Tendenzen, von Politik mit „alternativen Fakten“, Bullshit und Lügen diskutiert.

Georg Weißeno (Pädagogische Hochschule Karlsruhe) und Anke Götzmann (Pädagogische Hochschule Karlsruhe) stellen in ihrem Beitrag den theoretischen Hintergrund für die produktorientierte Inhaltsanalyse von Schulbüchern dar und betrachten die Strukturierung schulbezogenen politischen Wissens mit Hilfe von Fachkonzepten nach dem Modell der Politikkompetenz. Als Trend zeichne sich ab, dass die Zufälligkeit der jeweiligen Fachsprache der Schulbücher gegenüber 2013 trotz eines kompetenzorientierten Curriculums sich nicht signifikant verbessert habe.

Marc Partetzke (Stiftung Universität Hildesheim) geht der Frage nach, ob es sich bei dem Thema *political framing* um ein neues Konzept handelt oder um ein wiederentdecktes Phänomen. Dabei nimmt Partetzke eine Begriffsbestimmung von *frames* vor und untersucht aus einer kognitionswissenschaftlichen bzw. -linguistischen Perspektive, worum es sich beim *Framing* handelt, warum *geframed* wird und welche Konsequenzen sich daraus für Politikwissenschaft, Politikdidaktik und politische Bildung ergeben.

Die Untersuchung von politischem *Framing* steht auch im Mittelpunkt der Untersuchung von Max Droll (Universität Potsdam). Er gelangt zu dem Schluss, dass eine Auseinandersetzung mit den von Elisabeth Wehling dargelegten Erkenntnissen im Rahmen des Politikunterrichts die Entwicklung und Förderung von sprachlicher und fachlicher Kompetenz ermögliche und erläutert das didaktische Potenzial des Themas Politisches *Framing* anhand kompetenzbezogener Aufgaben für den Politikunterricht.

Angesichts der Schwierigkeit für Jugendliche, die abstrakten sprachlichen Formulierungen der Grundrechte im Grundgesetz in ein Verhältnis zu ihrer Lebenswelt zu setzen, entwickelt Christian Fischer (Universität Erfurt) grundrechtstheoretische und politikdidaktische Überlegungen zur Arbeit an Grundrechten im Politikunterricht. Auf dieser Grundlage stellt Fischer eine erprobte Idee aus der Unterrichtspraxis vor und reflektiert diese fallbezogen anhand der Arbeitsergebnisse einer Schülerin.

Luisa Girnus (Universität Potsdam) vertritt die Position, dass tagespolitische Auseinandersetzungen Legitimationsdiskurse sind, in denen Legitimität anhand normativer Werte verhandelt wird. Die dabei genutzten Wertkategorien blieben deutungsoffen und oft implizit. Um politisches Lernen zu fördern, erweise sich eine Bearbeitung solcher Legitimationsdiskurse mit Schülerinnen und Schülern als gewinnbringend. Zentral dafür sei, dass Legitimationsargumente in Lehr-Lern-Arrangements explizit und verhandelbar würden.

Im Fokus des Beitrags von Andreas Kegel (Kurt-Körper-Gymnasium Hamburg) steht die Metapher und deren Einsatz im Politikunterricht. Dabei geht er zunächst auf metaphorische Konzepte ein und untersucht im Anschluss aktuelle Schulbücher auf deren Verwendung von Metaphern. Darauf gründend stellt Kegel das metaphorische Verständnis von Politik in Schulbüchern differenziert in Politik als sozialer Raum und als komplexer Raum vor und evaluiert den Gebrauch von Metaphern in Schulbüchern.

Den Band beschließen Sabine Kehr (Julius-Maximilians-Universität Würzburg) und Frank Schiefer (Julius-Maximilians-Universität Würzburg) mit einem Beitrag zum politischen Skandal als Format der öffentlichen Kommunikation. Dabei gelangen sie zu dem Schluss, dass Skandalereignisse als Ausprägungen

der medialen Erlebnisgesellschaft im Politikunterricht didaktisch konstruktiv und kreativ realisiert werden können, indem Unterrichtsprinzipien wie heuristisches, exemplarisches, problem- und handlungsorientiertes Lernen sowie Kontroversität gezielt kompetenzorientiert eingesetzt werden.

Danken möchte ich Sebastian Ihle (Universität Potsdam) für die kritische Durchsicht der Manuskripte.



Wandel politischer Kommunikation und politischer Kultur in der digitalen Gesellschaft. Strategien der Politikdidaktik

Carl Deichmann

Zusammenfassung

In der digitalen Gesellschaft, in der die Interaktionen zwischen Alltagskultur, Medien und Politik (politischer Kultur) eine fundamentale Änderung erfahren, muss die politische Bildung als pädagogisches Prinzip gestaltet werden. Die Digitalisierung schafft Chancen der demokratischen Mitbestimmung, aber auch Gefahren in einer „*entpersonalisierten Kommunikation*“. Der dadurch veränderten Form der politischen Bewusstseinsbildung wird das Konzept der politischen Bildung als Unterrichts-, Kommunikations- und Interaktionsprinzip gerecht, die an den Dimensionen der politischen Realität ansetzt, welche als Strukturbedingungen der Bewusstseinsbildung gelten. Deshalb besteht die politikdidaktische Strategie erstens in der Ausdifferenzierung des Methodenlernens als Reaktion auf vereinfachende, ideologische und populistische erkenntnistheoretische Ansätze in der Kommunikation, zweitens einer politischen Kommunikation im Schulleben und in den Schulfächern, durch welche die Komplexität politischer Realität sichtbar wird sowie drittens der Behandlung der politischen Dimensionen der jeweiligen Inhalte im Fachunterricht, welche analysiert, kontrovers diskutiert und beurteilt werden. Diese politikdidaktische Strategie, welche die neuen Partizipationsmöglichkeiten in der digitalisierten Welt in den pädagogischen Prozess aufnimmt, stellt neue Herausforderungen für die Professionalisierung der Lehrer(innen) dar.

C. Deichmann (✉)
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jena, Deutschland
E-Mail: deichman@rz-online.de

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020
I. Juchler (Hrsg.), *Politik und Sprache*, Politische Bildung,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-30305-1_2

1 Wandel politischer Kommunikation, politisch – kultureller Wandel und politische Bildung

1.1 Wandel der politischen Kommunikation und der politischen Kultur

Eine an der sozialwissenschaftlichen Hermeneutik (Deichmann und May 2016) orientierte politikdidaktische Analyse des fundamentalen Wandels der *politischen Kultur* sollte von der Perspektive ausgehen, dass ein *interdependenter Prozess* zwischen der *Alltagskommunikation der Bürger(innen)*, der *Kommunikation auf der politischen Ebene (Politiker, Interessenvertreter, Kirchenvertreter etc.)* und *den Medien* besteht (Schulz 3/2011, S. 51 ff.).

Dabei gilt es in der Analyse und für die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen in der Praxis der politischen Bildung (vgl. Kap. 2) zu berücksichtigen, dass zur *Alltagswelt* nicht nur die Vis-à-Vis-Beziehungen in *face to face* Situationen (Schütz und Luckmann 2/2017, S. 101 ff.) gehören. Im Zeitalter der Digitalisierung, in der die Digitalität immer mehr zur zweiten gesellschaftlichen Realität mutiert (Nassehi 2019, bes. S. 140 ff.), sind die Kommunikationsstrukturen in der Alltagswelt durch die sozialen Medien geprägt. Die Akteure auf der *politischen Kommunikationsebene* (vgl. Donges und Jarren 4/2017, S. 75 ff.) verlieren zunehmend ihren traditionellen Einfluss im Rahmen der Deutungskultur (Rohe 1994; vgl. Hauk 2016, S. 37 ff. zur Veränderung der politischen Kommunikationskultur als Folgen des digitalen Medienwandels). Sie reagieren auf die veränderte Alltagskommunikation in den sozialen Medien, die sich durch Stimmungen und Emotionen und immer neue „Empörungswellen“ auszeichnet. Die politische Kommunikation tritt parallel zu den social media in privaten und *öffentlich-rechtlichen Medien* ins Bewusstsein der Bürger(innen). Private und öffentlich-rechtliche Medien rezipieren die veränderte Alltagskommunikation in den social media, was Auswirkungen auf die Agendagestaltung im politischen Prozess hat (Knill und Tosun 2015, S. 86 ff.).

Die Chance der Digitalisierung besteht darin, dass das Digitale gemeinsame Strukturen in der komplexen Welt entdeckt und zu intelligenten Steuerungen in allen Lebensbereichen führen kann (Nassehi 2019, S. 32 ff.).

Mithilfe der digitalen Kommunikationsstrukturen können sich Bürger(innen) mit gemeinsamen Überzeugungen und Interessen schneller als früher zu politischen Aktionen verabreden. Die Alltagskultur wird tendenziell politischer und durch ein zunehmendes *Partizipationsinteresse* großer Teile der Bevölkerung geprägt. Die „Friday For Future“-Bewegung, Pegida, Gelbwesten, Demonstrationen für und gegen den Brexit, Pulse of Europe Demonstrationen für

Europa, Demonstrationen gegen Antisemitismus und Rassismus, Demonstrationen für und gegen die politischen Entscheidungen von Donald Trump sind hierfür Beispiele.

Die veränderte Kommunikationsstruktur ist aber auch mit hoher Partizipation in den Echoräumen der sozialen Medien verbunden, die durch eine Zunahme der *Radikalisierung und von Verunglimpfung* geprägt ist; z. B. von Mobbing unter den Schüler(innen). Nach einer internationalen Studie von Vodafone und des Meinungsforschungsinstituts YouGov. ist fast jeder fünfte deutsche Jugendliche schon einmal im Internet gemobbt worden (vgl. <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/jeder-fuenfte-jugendliche-wird-opfer-von...>).

Der „Hass im Netz“ schlägt sich in rassistischen, extremistischen und diskriminierenden Äußerungen und Gewaltandrohungen gegen Politiker(innen) nieder (Brodnig 2016). Der rechtsextremistische Mordanschlag gegen den CDU Politiker Walter Lübcke am 2.6.2019, erhielt Hasskommentare im Netz (vgl. <https://www.hessenschau.de/...>); der antisemitische Mordanschlag in Halle am 9.10.2019 wurde durch die (anonyme) Kommunikation im Netz gefördert, live vom Täter veröffentlicht und kommentiert (vgl. Bubrowski und van Lijnden 2019).

Es handelt sich um eine fundamentale Veränderung der politischen Kultur auf der Alltagsebene, also des Regelsystems, „von dem abhängt, was und wie `man` innerhalb eines sozialen Verbandes politisch handeln, politisch reden und politisch denken kann, ohne mit informellen gesellschaftlichen Sanktionen rechnen zu müssen.“ (Rohe 1994, S. 163);

In einem *interdependenten Zusammenhang mit dieser Soziokultur* steht der Wandel der Deutungskultur auf der Systemebene (vgl. ebd. ff.; Deichmann 2015, S. 80 ff.; Pickel und Pickel 2006, bes. S. 123 ff.). Dabei handelt es sich in diesem Zusammenhang um die Veränderung der traditionell beachteten Normen, Kommunikations- und Verhaltensweisen der politischen Kommunikations- und Interaktionspartner auf der Systemebene in und außerhalb der Parlamente durch die „Überschreitung der „roten Linien“. Das *Neue in diesem Diskurs* ist u. a. die Verleugnung von Fakten (Fake News), sowie politische Erklärungsmuster, welche Bezug nehmen zu Verschwörungstheorien und nach der Argumentationsstruktur „Wir und die Anderen“ Emotionen zu mobilisieren suchen (Deichmann 2017, S. 142 ff.).

Mit diesem einen Erklärungsgrund wird von populistischen Führern ein Wahrheitsanspruch begründet und der Versuch unternommen, ihre durch Wahlen errungene Macht durch eine direkte charismatische Verbindung zum „Volk“ sowie durch die Untergrabung demokratischer Institutionen und der Gewaltenteilung zu sichern (Fukujama 3/2019, S. 10 ff.; Vorländer 2019).

Die von Populisten in Europa propagierten völkischen Deutungen, nationalistischen und antieuropäischen Einstellungen sowie „der Kampf gegen das europäische Establishment“ setzen die Demokratie „unter Druck“ (Vorländer 2019; Panreck 2019).

Verbunden mit der Alltagskommunikation und der Kommunikation auf der nationalen und internationalen Ebene sind Veränderungen in der Berichterstattung in den *öffentlichen Medien*, da der öffentliche Raum der bürgerlichen Gesellschaft zunehmend durch einen „Pluralismus von communities“ ergänzt oder ersetzt wird (Nassahi 2019, S. 301 ff.).

Sie sind auf der *internationalen Ebene verknüpft* mit den Veränderungen der politischen Kultur in der Zunahme populistischer, nationalistischer Tendenzen und in der Abkehr vom Multilateralismus (Tietje 2019).

Die im Folgenden ausdifferenzierte politikdidaktische Strategie setzt bei der sich in der digitalen Welt verändernden politischen *Bewusstseinsbildung an* (Abschn. 1.2) und umfasst sodann die für den *Politikunterricht*, für die politische Bildung *in anderen Fächern*, und für das *demokratisch Schulleben* zu ziehenden Forderungen (Abschn. 2.1–2.3).

1.2 Veränderung des politischen Bewusstseinsbildungsprozesses in der digitalen Kommunikation

Der *Ausgangspunkt* der Überlegungen zu einer Strategie „Politische Bildung als Unterrichts-, Kommunikations- und Interaktionsprinzip“ sind die Erkenntnisse über die Veränderungen des politischen Bewusstseinsbildungsprozesses (vgl. zur Ausdifferenzierung Deichmann 2015, S. 83 ff.) in der digitalen Kommunikation.

Im digitalen Zeitalter erfährt die Kommunikation in der Vis-à-Vis-Beziehung einen Bedeutungsverlust, weil das Bewusstsein viel stärker in geschlossenen, *entpersonalisierten Kommunikationssystemen* entwickelt und beeinflusst wird (Nassehi 2019, S. 91 ff.).

Bei der mit dieser Form der Kommunikation verbundenen politischen Bewusstseinsbildung besteht in einem erhöhten Maße die Gefahr einer *verengten Sicht auf die soziale und politische Realität, welche dem beschriebenen populistischen Deutungsschema entgegen kommt*. Denn in den geschlossenen Kommunikationsnetzen der social media verläuft die Kommunikation nicht nach der Struktur „Argument – Gegenargument“, einer Argumentation, durch welche den Kommunikationspartnern die *Komplexität* von Problemen deutlich wird.

Sondern die beschriebene Funktionalität, die zu geschlossenen Chaträumen und zu wechselseitigen Bestätigungen der eigenen Meinung führt, „...sind hochgradig moralisierte Nischenöffentlichkeiten, die nichts weiter tun als über Wiederholungspraktiken sich selbst in ihrem Moralverständnis zu bestätigen“ (Wagner und Forytarczyk 2015).

Wenn es in der politischen Bildung gelingt, einerseits die positiven Partizipationsmöglichkeiten der Digitalisierung aufzunehmen und zu verstärken sowie andererseits die populistischen Aspekte der digitalen Gesellschaft *zu thematisieren und durch emotionale und rationale Strategien in demokratische Deutungsmuster umzuformen*, besteht in einem erhöhten Maße die Chance für die Entwicklung einer *demokratischen politischen Kommunikations- und Handlungskompetenz*.

Hierzu müssen Schüler(innen) zunächst den Umgang mit den digitalen Medien in allen Fächern lernen (Zorn 2/2018) und in der politischen Bildung besonders die journalistischen Nachrichtenportale zur Politikanalyse und zur Beurteilung von politischen Prozessen nutzen und kritisch hinsichtlich ihres Informationsgehaltes beurteilen können (Hauk 2016, S. 85 ff.; Sander 2017, bes. S. 143 ff.). Darüber hinaus ist allerdings eine Strategie notwendig, welche das Ziel verfolgt, der Reduzierung der politischen Kommunikation und der damit verbundenen Reduzierung der politischen Bewusstseinsbildung auf funktional strukturierte Kommunikationssysteme entgegen zu wirken. Dieses Ziel besteht in der *Ausbildung einer demokratischen Kommunikations- und Handlungskompetenz durch eine politische Bildung als Unterrichtsprinzip in der digitalen Welt*.

Hierzu ist es notwendig, dass die Politikdidaktik die folgenden *Dimensionen des politischen Bewusstseinsbildungsprozesses* in politikdidaktischen Strategien berücksichtigt. Denn diese gehören zur *Grundstruktur des politischen Bewusstseins der Bürger(innen)*, unabhängig davon, ob sie sich diese immer vergegenwärtigen (Deichmann 2015, S. 40 ff.). Das politische Bewusstsein besitzt:

- Eine subjektive, erkenntnistheoretische/formallogische Dimension (vgl. bes. Abschn. 2.1)
- Eine Dimension der Kommunikation und sozialen Interaktionen (vgl. bes. Abschn. 2.2)
- Eine Sicht der Gesellschaft: die Dimension der gesellschaftlichen und politischen Objektivationen (vgl. bes. Abschn. 2.3)
- Eine Wertedimension, nach der er/sie die Interaktionen und gesellschaftlichen Objektivationen und die subjektiven Einstellungen beurteilt (vgl. bes. Abschn. 2.3)

2 Politische Bildung als Unterrichts-, Kommunikations- und Interaktionsprinzip in der digitalen Welt

2.1 Wider die Komplexitätsreduzierung: Methodenlernen

Eine politische Bildung als Unterrichtsprinzip, die sich als Strategie gegen die Komplexitätsreduzierung in der digitalen Welt versteht, setzt bei der Entwicklung des politischen Bewusstseins durch Förderung der politischen Analysefähigkeit an. Indem sie dabei die subjektive, erkenntnistheoretische/formallogische Dimension des politischen Bewusstseins fördert, richtet sie ihr besonderes Augenmerk auf die monokausale Argumentation und die damit verbundene Komplexitätsreduzierung in den sozialen Medien. Sie führt die politisch Lernenden in diesem Zusammenhang zu der Einsicht, dass für die Beurteilung und Analyse unterschiedlicher Gegenstände unterschiedliche Methoden angewendet werden müssen.

Es handelt sich hier um das *Methodenlernen*, das in allen Fächern einen stärkeren Stellenwert als eigenständiger Lernprozess erhalten sollte.

Dabei sollte in jedem Fach die *politische Dimension* sowohl in den geisteswissenschaftlichen Fächern als auch in den naturwissenschaftlichen Fächern (MINT) herausgestellt werden (Deichmann und Tischner 2014, bes. S. 9).

Die Schüler(innen) sollen dabei erkennen, dass nur bei *speziellen Sachgegenständen* eine Sichtweise, ein Faktor als ausschlaggebend für vielfältige Erscheinungen gehalten wird. Dies gilt vielleicht für naturwissenschaftliche oder medizinische Erklärungsmuster (z. B. ein Krankheitserreger, ein Naturgesetz), bei denen dies zutreffen kann, aber *nicht für gesellschaftliche Phänomene*. Die Problematik der Verwendung naturwissenschaftlicher Erklärungsmuster für komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen können politisch Lernende etwa bei der Behandlung der marxistischen Theorie studieren, bei der im Historischen Materialismus die Geschichte mit dem Basis-Überbau-Modell im Sinne von Zwangsläufigkeiten interpretiert wird (Höffe 2016, bes. S. 365 ff.).

Bei der Behandlung dieses und anderer Beispiele erkennen sie, dass Theorien und Modelle die Voraussetzung für die Beschreibung der Gesellschaft sind. Je nachdem, von welchen Annahmen, von welchen Modellen ich ausgehe, beschreibe und erkläre ich unterschiedliche Aspekte der komplexen Realität. Gehe ich von der Milieutheorie aus, erscheint mir die gesellschaftliche Realität eher in Zusammenhängen der alltagsweltlichen Interaktionen und Normen,

welche die entsprechenden Elemente der Alltagskulturen prägen. Lege ich bei der Beschreibung der Gesellschaft Kriterien des Einkommens, der Bildung oder der jeweiligen Beschäftigung der Menschen zugrunde, wird die Gesellschaft in Schichten und Klassen eingeteilt (Müller 2013). Ein ähnlicher Erkenntnisprozess, der verbunden ist mit dem zugrunde gelegten Erkenntnisinteresse des Betrachters (des Forschers), ist bei naturwissenschaftlichen Gegenständen festzustellen: So kann z. B. Das Licht unter bestimmten Bedingungen mithilfe der Funktion von Photonen oder der „Wellentheorie“ beschrieben werden (Heilmann 2013).

Diese Beispiele verdeutlichen den Lernenden nicht nur die grundsätzliche Einsicht in den Prozess der „Welterkenntnis“, sondern sie erinnern ebenfalls an die Besonderheit eines jeden Faches sowie an die für jedes Fach spezifischen Methoden, die in den jeweiligen Fächern detailliert behandelt werden.

Die folgende zusammenfassende Darstellung skizziert dies beispielhaft für wenige Unterrichtsgegenstände des Physik- und Politikunterrichts. Die beschriebenen Kompetenzen müssen natürlich für die entsprechenden Schulstufen didaktisch „heruntergebrochen“, aufgearbeitet und in entsprechende Unterrichtsszenarien eingebunden werden (Siehe. Tab. 1).

Problem: Kann die Realität erfasst werden?

Erkenntnisse/Einsichten/Kompetenzen

Die *Realität* kann sowohl in den Naturwissenschaften (unbelebte Natur) als auch in den Sozialwissenschaften (Interaktionen der Menschen) nur mit Hilfe von Methoden (Experimente/Versuchsanordnungen/Sozialwissenschaftliche Methoden) erkannt und analysiert werden.

Die genaue Darstellung der Vorgehensweise (Methoden/Experimente) macht die Forschungsergebnisse intersubjektiv überprüfbar.

Tab. 1 Methodenwissen und wissenschaftspropädeutisches Wissen

Physik	Methodenwissen
<ul style="list-style-type: none"> • Optik, Licht als Strahl • Wellentheorie • Licht als Quant 	<ul style="list-style-type: none"> • Schattenbildung, Spiegelung etc • Bewegung und Interferenz • Wechselwirkung von Licht mit Materie (Fotoeffekt)
Politikunterricht	Methodenwissen
<ul style="list-style-type: none"> • Gesellschaft (vgl. Klee 2014) • Wirtschaft (vgl. Piller 2014) 	<ul style="list-style-type: none"> • Schichtungsmodell/Milieumodell • Wirtschaftskreislauf

Die mithilfe der entsprechenden Methoden erreichten Forschungsergebnisse werden in einem *Modell* zusammengefasst. Dieses Modell gibt nur ganz bestimmte Perspektiven der Realität (Licht als Welle/als Photon; Gesellschaft in verschiedene Schichten oder Milieus eingeteilt) wieder.

Gemeinsame Fragestellung:

- Von welchem erkenntnistheoretischen Ansatz wird ausgegangen?
- Wie ist das Experiment aufgebaut? Mit welchen Methoden gelangt man zu dem Aufbau des Modells?
- Welche Gegenstandsbereiche der Politik und der Natur will das Modell erklären?
- Welche Elemente des jeweiligen Gegenstandsbereichs erfasst das Modell?
- Welche Gegenstände werden vom Modell nicht erfasst?
- Welche Funktionszusammenhänge werden herausgestellt?
- Kritik der Modelle: Sind die Annahmen, von denen das Modell ausgeht, akzeptabel oder verengen sie von vorneherein die Sichtweise und schalten somit bestimmte (welche?) Realittselemente aus?

Neben den Einsichten, welche den monokausalen Erklärungen (politischer) Realität entgegenstehen, besteht die *neue politische Dimension des Methodenerlernens* darin, dass im Konzept der neuen politikdidaktischen Strategie die Methoden der jeweiligen Fächer – soweit dies praktikabel ist – auf die Themen der beschriebenen positiven Veränderungen der Partizipationskultur in der digitalen Welt, nicht zuletzt auf deren populistische Aspekte bezogen werden sollten.

Zum Beispiel beschäftigen sich die Schüler(innen) mit der Bedeutung der Statistiken für die Erkenntnisse über die zunehmende Umweltverschmutzung, den Klimawandel, die Veränderungen des internationalen Handels hinsichtlich des Wirtschaftswachstums etc.

An den Beispielen ist zu erkennen: Die politische Dimension besteht nicht nur in der Wahl der jeweiligen Gegenstände, die über den spezifischen Fachunterricht hinausgehen, sondern sie besteht darin, dass auf die oben skizzierten politisch-kulturellen Veränderungen reagiert wird. Insofern wird die *Partizipationskultur unterstützt*. Schüler(innen), die sich für Maßnahmen gegen den Klimawandel einsetzen, erfahren eine Akzeptanz. Dies geschieht nicht zuletzt auch dadurch, dass Argumentationsgrundlagen für die Widerlegung und *Bekämpfung der „Fake news“* geschaffen werden.

2.2 Strategie gegen entpersonalisierte Kommunikation und für Partizipationsmaximierung in allen Fächern und im Schulleben

Eine politikdidaktische Strategie, welche sich der Förderung der Kommunikation und der sozialen Interaktionen verpflichtet sieht, wirkt der „*entpersonalisierten Kommunikation*“ und der politischen Bewusstseinsbildung in funktional strukturierten Kommunikationssystemen entgegen (vgl. Abschn. 1.2). Gleichzeitig gewinnt das gestiegene Partizipationsinteresse in allen Fächern als pädagogisches Prinzip der *Schülerelbsttätigkeit* und der *Kooperation in Gruppen* höchste Priorität (Biederbeck 2/2018).

Dies ist nicht nur aus *lernpsychologischen Gründen der komplexen Bewusstseinsbildung* (Abschn. 1.2), sondern auch wegen der Einübung der *aktiven Wahrnehmung der Bürgerrolle* zu fordern.

Eine solche politikdidaktische Konzeption ist damit eingebunden in die Veränderungen der Partizipationskultur in der digitalen Gesellschaft.

Neben dem Prinzip der *Schülerelbsttätigkeit und der Kooperation in Gruppen* geht es darum, den Schüler(innen) in Projekten, in der Schülermitverwaltung und im außerschulischen Lernen Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte zu übertragen und einen gemeinsamen Kommunikations- und Erfahrungsraum zu schaffen, der über die eingeschränkte „Form des Kneipengesprächs“ in den sozialen Medien hinausgeht (vgl. Barth und Wagner 2017 mit Kommunikationsbeispielen aus dem Facebook).

Dieser *gemeinsame Erfahrungsraum* soll ebenso einem populistischen Echo-raum entgegen wirken.

2.3 Politische Bildung als Unterrichtsprinzip in allen Fächern

Der Politikunterricht als Kernfach der politischen Bildung ist angesichts der geringen Stundenzahl und angesichts des Lehrermangels nicht alleine in der Lage, die politische Handlungs- und Beurteilungsfähigkeit in der digitalen Welt zu generieren.

Auch wenn die Unterrichtsgegenstände in handlungsorientierte Unterrichtseinheiten eingebunden sind, sodass nicht nur die polity-, sondern auch die policy-Dimension (Deichmann 2015; Knill und Tosun 2015, S. 24 ff.), aber auch die Freiheit (Droll 2019) in der demokratischen politischen Ordnung erfahrbar wird.

Deshalb besteht die Notwendigkeit, die politische Bildung als Unterrichtsprinzip über das Methodenlernen und die Interaktions-/Kommunikationsstruktur in den Fächern und in anderen Formen des Schullebens hinaus, in der *Behandlung der politischen Dimension der Gegenstände in den einzelnen Fächern zu realisieren*. Nur so kann eine neue Schulkultur generiert und ausgebaut werden, durch welche die politikdidaktische Strategie auf die neue Partizipationskultur reagiert.

Dafür sollten die in der bisherigen politikdidaktischen Diskussion schon ausgearbeiteten Verbindungen zwischen den einzelnen Schulfächern und dem Politikunterricht (vgl. Deichmann und Tischner 2014) weiterentwickelt werden, damit die politische Dimension der einzelnen Gegenstände in den Schulfächern didaktisch umgesetzt werden können.

In der folgenden Tabelle (Tab. 2) sind hierfür beispielhaft zentrale Kompetenzen für den Deutsch- und Geschichtsunterricht zusammengefasst, welche sich auf die politische Dimension verschiedener Gegenstände beziehen. Dabei geht es besonders um die Aspekte der *Kommunikation*, welche (vgl. Abschn. 1.2) als zentrales Problem der politischen Bewusstseinsbildung diagnostiziert wurde.

2.4 Deutsch/Geschichte (Sozialkunde)

Erkenntnisse/Einsichten/Kompetenzen

- Intoleranz in Sprache und Denken schafft die emotionalen und rationalen Bedingungen für Diskriminierung, Rassismus und Extremismus/Gewaltanwendung im Alltag. Sie ist ebenso die Voraussetzung für die Gewaltherrschaft.
- Demokratie als politische Herrschaftsordnung versteht sich als Institutionalisierung von Konfliktbeziehungen und setzt eine tolerante Kommunikation, besonders die Akzeptanz verschiedener Meinungen voraus.
- **Kategorien:** Ideologie; Toleranz/demokratische Herrschaftsordnung

Um die Forderung nach einer politischen Bildung als Unterrichts- und Interaktionsprinzip noch zu konkretisieren, sind in der *Tab. 3* Ziele/Kompetenzen und einige Gegenstandsbereiche verschiedener Unterrichtsfächer aufgeführt. Sie verdeutlichen, dass im jeweiligen Fach der Unterricht nicht bei dem Fachgegenstand abgebrochen wird, sondern die politische Dimension des Gegenstandsbereichs in der Lerngruppe in einer *kontroversen Diskussion* behandelt wird. Dies gilt zusätzlich auch für den Kunstunterricht (Besand 2014), sowie für den Musik- und Sportunterricht (Launhardt und Marnowsky 2014; Schran und Starkloff 2014).

Diese Beispiele zeigen, dass sich aus dem Konzept der politischen Bildung als Unterrichts-, Kommunikations- und Interaktionsprinzip Forderungen nach einem neuen Selbstverständnis und nach einer neuen Rolle der Lehrer(innen) ergeben.